

Klärung der politischen Grundfragen weiterhin Hauptaufgabe

Schwung des Pfingsttreffens nutzen!

Wir sind hineingestellt in eine sehr schnelle Zeit. Ein wichtiges Ereignis folgt dem anderen auf den Fuß und erfordert, wie auch die tagtägliche Arbeit, unsere ganze Aufmerksamkeit, Bewusstheit und Kraft. Deshalb ist die Frage durchaus berechtigt, ob ein Bericht über den Beitrag unserer FDJ-Grundorganisation zum Gelingen des Pfingsttreffens anlässlich des Kongresses der Arbeiterjugend beider größten Staaten in Karl-Marx-Stadt heute noch aktuell ist. Er ist es!

Vorbereitung und Durchführung des Kongresses und des Pfingsttreffens — in ihrer untrennbaren Einheit ein Ereignis von großer nationaler Bedeutung — stellen hohe Anforderungen an die Kampf- und Einsatzbereitschaft unserer FDJ-Grundorganisation und müssen offenbaren, ob sie ihren Aufgaben gewachsen war. Eine Antwort auf diese Frage hat über das unmittelbare Ereignis des Pfingsttreffens hinaus große Bedeutung für die gesamte Arbeit unserer Hochschulen.

Es stimmt uns freudig, sagen zu können: Die Jugendfreunde, die FDJ-Mitglieder, die Funktionäre der ZHSGL und der Gruppen haben mit Hilfe ihrer Freunde aus der SED, aus den Massenorganisationen und aus dem Lehrkörper einen guten Beitrag zum Gelingen des Pfingsttreffens geleistet.

Die Freunde unserer Grundorganisation hatten sich gut auf das Pfingsttreffen vorbereitet, in mehreren Ver-

anstaltungen, Schulungen und in Mitgliederversammlungen setzten sich die Mitglieder und Funktionäre der GD, die Stör-Gruppenleiter und die Teilnehmer am Pfingsttreffen mit den politischen Grundfragen unserer Zeit, mit dem Weg des Kampfes zur Erhaltung des Friedens und zur Lösung der nationalen Frage in Deutschland, besonders mit den Problemen des Briefwechsels zwischen den beiden größten deutschen Parteien, der SED und SPD, auseinander.

Diese Verpflichtungen jetzt und weiterhin erfüllen

In den Mitgliederversammlungen setzten die Freunde die Situation in ihren Gruppen ein und zogen Schlussfolgerungen für alle Bereiche ihrer zukünftigen Tätigkeit: angefangen bei Fragen der Studienzucht, der maximalen Nutzung der Studienzeit, der Erreichung höchster Studienleistungen, der Durchsetzung eigener Studien- und Forschungsergebnisse in Kolloquien und Seminaren, über Fragen der Entwicklung eines regen kulturellen Lebens bis zu Festlegungen über NAW-Einsätze.

Ein Höhepunkt in der Vorbereitung des Pfingsttreffens war das Protestmeeting vor dem Hochschulgebäude, Straße der Nationen, am 29. April, an dem etwa 1800 Studenten und Mitarbeiter teilnahmen und in aller Öffentlichkeit die materielle

und ideelle Unterstützung des harrischen USA-Krieges gegen das vietnamesische Volk durch die westdeutschen Imperialisten und Militaristen verurteilten.

Die Freunde der Seminargruppe 459 riefen dort zur Blaupausenaktion für Vietnam auf, der sich bis heute schon viele Studenten und Mitarbeiter angeschlossen haben. Dort bekräftigten die Jugendfreunde auch ihren Willen, den westdeutschen Freunden die Erfolge unseres sozialistischen Aufbaus zu zeigen und ihnen zu helfen, die Wahrheit über die nationale Frage in Deutschland zu begreifen.

Die Jugendfreunde unserer Grundorganisation haben ihr Wort gehalten, ihr Wissen, ihre leidenschaftliche Parteilichkeit für eine Deutsche Demokratische Republik, für die Erhaltung des Friedens und die friedliche, demokratische Entwicklung der ganzen Nation, in Straußensprächen mit westdeutschen Freunden auf dem Theaterplatz und auf der Straße der Nationen überzeugend wirksam werden lassen.

Hervorzuheben ist auch die gute Disziplin, mit der sich die Jugendfreunde an allen Veranstaltungen, Aufmärschen und Kundgebungen beteiligten. Der Marschblock 16, dem neben unseren Freunden, Mädel und Jungen der Karl-Marx-Oberschule angehörten, konnte sich — das bezieht sich nicht nur auf das äußere Bild — wirklich lösen lassen.

Stellen wir uns die Frage

nach der Aktualität eines Berichtes über den Beitrag unserer FDJ-Grundorganisation zum Gelingen des Pfingsttreffens, müssen wir jetzt sogar sagen: Weitere Artikel zu dieser Frage sind notwendig!

Kritische Auswertung notwendig

Der vorliegende Bericht ist dem Positiven gewidmet, soll den Aufschwung deutlich werden lassen, der durch die Vorbereitung und Durchführung des Pfingsttreffens in unserer GD erreicht wurde, soll Leistung und Einsatzbereitschaft der Jugendfreunde und ihrer Helfer würdigen. Aber darauf können wir uns keinesfalls beschränken.

Notwendig ist die weitere, kritische Auswertung, um die durch das Pfingstereignis offenbar gewordenen Mängel und Schwächen schneller überwinden und die Kampf- und Einsatzbereitschaft der GO erhöhen zu können. Es gilt, den erreichten Aufschwung für die weitere Arbeit zu nutzen und besonders um die Erfüllung der anlässlich des Pfingsttreffens übernommenen Verpflichtungen zu kämpfen.

Vor allem kommt es darauf an, die politischen Grundfragen unserer Zeit weiter zu klären. Vieles wurde im Zusammenhang mit dem Pfingsttreffen erreicht, aber vieles bleibt — wie eine erste Auswertung zeigt — noch zu tun.

Alfred Hüpler / Klaus Hofmann

Fachärztliches Gutachten entscheidet

Stimme und Sprache müssen den Anforderungen des Lehrberufes entsprechen

In letzter Zeit errögte es einige Aufsehen, daß mehrere Lehrstudenzen zum Fachrichtungswechsel oder zur Aufgabe des Studiums geübt wurden, weil sie in Bezug auf Stimme oder Sprache den Anforderungen des Lehrberufes nicht genügten. Einige

Kein fachliches, sondern ein medizinisches Problem

Es handelt sich in den betreffenden Fällen nicht um mangelhafte Leistungen auf einem Fachgebiet, die durch intensive Förderung gebessert oder durch gute Leistungen auf anderen Fachgebieten ausgeglichen werden können, sondern um pathologische, heilungsschwierige (z. B. Kehlkopfentzündungen oder schwerwiegende Sprachfehler — Stottern), die die Ausübung des Lehrberufes unmöglich machen. Ausgeschlossen waren die eingehaltenen fachärztlichen Gutachten. Ein Berufswechsel aus Gründen der Diagnose oder Sprache stellt deshalb eine ähnliche unvermeidbare Härte dar, wie ein vom Arzt ausgesprochenes Sportverbot für Sportler, Trainer, Sportlehrer usw. Dabei hatten wir eine möglichst frühzeitige Entscheidung für weniger hart als ein Verbot im Beruf nach beendeten Studium.

Um zu vermeiden, daß Stimm- und Sprachstörungen erst während der obligatorischen Lehrveranstaltungen im Fach Sprechwissenschaft (5. Semester) erkannt und behandelt werden können oder gar zu spät erst zum Berufswechsel geraten werden muß, wurden von uns folgende Maßnahmen ergriffen:

1. Alle Bewerber für das Lehrstudium haben vor der Immatrikulation eine Beschreibung über die stimmliche

Eignung für den Lehrberuf vorzulegen.

3. In Zweifelsfällen werden die Studierenden umgeben von einer stimmlich-sprachlichen Überprüfung bestellt, die für alle übrigen neuimmatrikulierten Lehrstudenzen im Laufe des 1. Semesters durchgeführt wird.

4. Werden in den Attesten oder unter 2. genannten Überprüfungen stimmliche oder sprachliche Auffälligkeiten festgestellt, so werden die betreffenden Studierenden je nach Befund zwecks genauer Diagnose entweder zu einer Kontrolluntersuchung bestellt, an die HNO-Klinik oder an das Ambulatorium für Stimm- und Sprachstörungen überwiesen.

4. Der Diagnose entsprechend werden die erforderlichen Behandlungsmöglichkeiten eingeschätzt, z. B. medikamentöse oder operative Behandlungen durch Fachärzte für HNO, Übergabetermine im Ambulatorium für Stimm- und Sprachstörungen oder im Lektorat Sprechwissenschaft. Zum Berufswechsel wird nur dann geraten, wenn die Störungen so schwerwiegend sind, daß auch durch entsprechende Behandlungen die Stimme oder die Sprache nicht so weit normalisiert werden kann, um den Anforderungen des Lehrberufes zu genügen. (Das sind erfahrungsgemäß wenige Ausnahmefälle.)

Nur in Ausnahmefällen Berufswechsel

Im Herbstsemester 1965/66 wurden insgesamt 370 Studenten stimmlich überprüft, davon wurden 12 zu fachärztlichen Untersuchungen bzw. Behandlungen überwiesen und 117 zu Kontrolluntersuchungen im Lektorat Sprechwissenschaft bestellt oder vorgemerkt. In nur fünf Fällen wurde zum Berufswechsel geraten.

Trotz aller Bemühungen wird es sich nicht völlig vermeiden lassen, daß in Einzelfällen Stimmstörungen erst in späteren Semestern auftreten (z. B. nach Infektionskrank-

heiten, verschleppten Katarakten usw.) oder frühere Sprachstörungen nach besonderen nervlichen oder psychischen Belastungen rezidivieren. Wir beraten deshalb auch Studierende höherer Semester bei stimmlichen oder sprachlichen Schwierigkeiten und sind ebenso den wissenschaftlichen Mitarbeitern anderer Fachrichtungen (besonders den Fachmethodikern) für diesbezügliche Hinweise dankbar.

Dr. phil. Schubert, Institut für Pädagogik, Lektorat Sprechwissenschaft

20 Jahre volkseigen

Vor 20 Jahren, am 30. Juni 1946, entschied sich die Bevölkerung Sachsens in einem Volksentscheid gegen die Krieg- und Naziverbrechen für eine friedliche und demokratische Zukunft Deutschlands.

Die sowjetische Besatzungsmacht hatte die Entscheidung, was mit dem akquisierten Eigentum der Krieg- und Naziverbrecher anstehen sollte, in die Hände der antifaschistisch-demokratischen Kräfte gelegt. Diese Entscheidung war eindeutig: 77,7 Prozent der Wahlberechtigten stimmten für die Enteignung derjenigen, die das deutsche Volk zweimal in einen Weltkrieg stürzten und den Faschismus zur Macht verhelfen.

Die harten Klassenauseinandersetzungen in den Monaten der Vorbereitung des Volksentscheides erforderten ein hohes Bewußtsein, große Prinzipienfestigkeit, Überzeugungskraft und politisches Geschick. Die Arbeiterklasse stand einem erfahrenen und raffinierten Gegner gegenüber. Er nutzte die Zeit auf seine Weise. Kein Mittel blieb ungenutzt. Auch in Chemnitz, unserem heutigen Karl-Marx-Stadt, nicht. Die mate-

rielle Not der Werktätigen in dieser Zeit auszunutzen, griffen die zur Einigung vorgehenden Nazi- und Kriegsverbrecher in den Werken Schubert & Salzer, C. G. Harhoff, Aika-Werke, Aika-Dümen etc. zu Beschäftigungsversuchen gegenüber den Mitgliedern der Gewerkschaftskommunisten, Betriebsräten und selbst ganzen Belegschaften. Auch Hinweisen auf die „unmenslichen Erfahrungen“ der Betriebsräte, Appelle an die „Vernunft und Menschlichkeit“ fehlten nicht. Antikommunistische Parolen von der angeblichen Bedrohung des Privatbesitzes, Diffamierung von Funktionären des neuen demokratischen Staatsapparates, der SED und Gewerkschaften gehörten zu ihren Mitteln. Diese Machenschaften konnten die Arbeiter nur durch ein einheitliches und geschlossenes Auftreten bezwingen.

Heftige Auseinandersetzungen fanden auch im antifaschistisch-demokratischen Block statt, in dessen Händen die Entscheidung über die Liste der zu enteignenden Betriebe lag. Das Ausmaß dieser Auseinandersetzungen können wir vielleicht daran er-

massen, daß zu dieser Zeit reaktionäre Kräfte in den demokratischen Parteien CDU und LDPD Unterhohpfe geäußert und hier nicht in allen Fragen die progressive Kräfte die Führung inne hatten. Die reaktionären Kräfte, die sich später z. T. nach Westdeutschland absetzten, versuchten mit allen Mitteln, die Positionen der Nazi- und Kriegsverbrecher zu verfestigen. Da es nicht möglich war, die Beschlüsse des antifaschistisch-demokratischen Blocks glibig wegzunehmen, mußte die Auseinandersetzung so lange geführt werden, bis auch der letzte von der Entscheidung überzeugt war. Das stellte hohe Anforderungen an die Reife und das Verantwortungsbewußtsein der Vertreter der SED im antifaschistisch-demokratischen Block. Schritt für Schritt setzte sich in den Blockausschüssen, in den Betriebsbeiräten und in allen Kreisen der Bevölkerung die Erkenntnis durch, daß der deutsche Imperialismus und Militarismus politisch und ökonomisch unmachtbar werden muß, wenn der Frieden in Deutschland gewahrt werden soll.

Heute sind unsere volkseigenen

Gedanken zum Jahrestag des Volksentscheids in Sachsen

Betriebe die stabile ökonomische Grundlage unserer Arbeiter- und Bauernmacht. Aus den Trümmern des Krieges entstanden durch die Kraft und Opferbereitschaft der Arbeiterklasse modernste Betriebe. Unter Führung der SED entwickelte sich die Wirtschaft der DDR, so daß wir heute zu den zehn führenden Industrieländern der Welt gehören. In unserer Republik hat der Frieden eine stabile ökonomische Grundlage und eine wahre Heimstatt gefunden.

Die Arbeiterklasse der Deutschen Demokratischen Republik im Bündnis mit allen demokratischen Kräften leistete durch ihren erfolgreichen Kampf zur Überwindung des deutschen Imperialismus und Militarismus einen bedeutungsvollen Beitrag zur Lösung der Lebensfragen unserer Nation. Die westdeutsche Arbeiterklasse kann diese Leistungen nutzen, sie entsprechend ihren Kampfbedingungen auswerten. Wir, die Arbeiter, Genossenschaftsbauern und Angehörige der Intelligenz sind bereit, sie hierbei nach besten Kräften und Wissen zu unterstützen.

Nur ein verunglückter Wahlschlager oder mehr?

Beiträge zum Thema „Der Weg zum künftigen Vaterland der Deutschen“

Am 20. Oktober des Jahres 1956 wurde in der Berliner Wohnung des NDFD - Volkskammerabgeordneter und Mitglied des Nationalrates der Nationalen Front des demokratischen Deutschland, Volmar Müller, eine dreistündige, sehr interessante Unterhaltung geführt. Der Gesprächspartner Volmar Müller war niemand anderes als ein Mitglied der Adenauer-Regierung, der damalige Bundesfinanzminister Dr. Fritz Schäfer (CSU), der um eine solche inoffizielle, persönliche Aussprache ersucht hatte.

Die Gedanken, die er hier darlegte, waren durchaus interessant und der Diskussion wert: Man müsse beiderseitig nach einem Weg zur Wiedervereinigung ohne Gewaltwendigkeit suchen. Deutschland müsse aus den beiden Machtblöcken austreten, seine Streitkräfte beizugehen, auf Atomwaffen verzichten und die Atomenergie ausschließlich für friedliche Zwecke zu nutzen.

Für den Weg zur Wiedervereinigung Deutschlands habe er das föderalistische Prinzip und als bestes Beispiel die Benelux-Staaten im Auge. Sie kümmern sich innerstaatlich nicht umeinander, aber wirtschaftlich arbeiten sie zusammen. Er schloß vor, ein Wiedervereinigungsprogramm vorzubereiten, in dem Fragen der wirtschaftlichen Zusammenarbeit, des Personenumverkehrs und des Kulturverständnisses fixiert werden sollten. Dr. Schäfer versicherte, daß er mit seinem Besuch die Möglichkeiten für einen Fortschritt in der Wiedervereinigungstherapie studieren wolle und daß in Bonn Minister und Parteifreunde ebenso denken wie er.

Hoffnungen auf eine gesamtdeutsche Politik?

Was bedeutete dieser Besuch? Wie sollte man das von Bundesminister Schäfer Gesagte verstehen?

Deutete sich hier etwa eine Wendung zum Besseren in der Deutschlandpolitik der CDU/CSU und der Bonner Regierung an?

Matte etwa in Bonn der Gedanke Platz greifen, den ammalenden und irrealen Abzweigungsanspruch im Interesse der Verständigung zwischen den beiden deutschen Staaten, im Interesse ihrer Annäherung, Zusammenarbeit und schließlich Wiedervereinigung aufzugeben?

Sollte sich etwa die Einsicht durchsetzen haben, daß nicht nur die DDR, sondern nunmehr auch die Bundesrepublik durch Verzicht auf ihre aggressive, rassistische Außenpolitik einen Beitrag zum europäischen und zum Weltfrieden leisten müßte?

Das wäre die Konsequenz gewesen und hätte in vollem Maße den seit 1949 bis dahin unterbreiteten W DDR-Vorschlägen zur Annäherung, Verständigung und Wiedervereinigung beider deutscher Staaten entsprochen.

Aber nicht in der offiziellen und praktischen Politik Bonns deutete darauf hin, daß eine solche Annäherung bereithalten gewesen wäre. Im Gegenteil. Der am 18. Oktober 1956 beschien die sozialdemokratische „Vorwärts“ vom 25. Oktober, daß ... keinerlei Anzeichen für dringende notwendige Bemühungen um neue und realistische Verhandlungen zur Wiedervereinigung Deutschlands ... zu erkennen sind.“ Dr. Loo-

doer „The Economist“ vom 20. Oktober stellt fest: „Tatsächlich ist das Kabinett noch weiter nach rechts gerückt.“ Und in der Hamburger „Die Welt“ vom 17. Oktober erscheint als einziges Politikum von Bedeutung, „daß der neue Kurs in der Wehrpolitik ... durch einen neuen Mann besteuert“ wird. Dieser Mann aber war niemand anderes als Franz Josef Strauß, einer der korruptesten, moralisch verkommensten und rücksichtslosesten Aufkäufer und Atomkonzernpolitiker im Bonner Staat.

Während stalle deshalb das „Neue Deutschland“ vom 17. Oktober fest, daß die Bevölkerung von dieser Regierung nichts Gutes zu erwarten habe, sondern ... die Neubildung des Kabinetts ... der neuen Etappe der Remilitarisierungspolitik der deutschen Imperialisten festzulegen, nämlich der Atomrüstung zur Vorherrschaft in Westeuropa zu gelangen.“ Adenauer selbst beschloß am 18. Oktober trocken, daß sich an der hiesigen Politik nichts ändern wird.

Bald sollte die Probe aus Exzellenz zeigen, daß sich in der Bonner Politik tatsächlich nichts geändert hatte.

Am 2. November unterwies hiesiger Präsident Otto Grottel in einer Rede vor der Volkskammer Grundzüge eines Programms der Wiedervereinigung, die dem Wesen nach durchaus mit den von Schäfer darzulegenden Auffassungen übereinstimmen. Prompt — schon einen Tag später — kam die Antwort aus Bonn: nicht öffentlich, nicht schriftlich, nicht an die Adresse der untern amerikanischen Staaten, sondern über einen amerikanischen Sender. Der dann also Minister für sogenannte „Gesamtdeutsche Fragen“, Jacob Kaiser,

lehnte in seiner Blas-Sendung am 2. November den nach einer chronologischen Dokumentations des Ausschusses für Deutsche Einheit zum mehr 47. DDR-Vorschlag seit 1949 best. ab und betonte erneut die aggressive Allzweckvertragsanbahnung des Bonner Staates.

Eines Rätsels einfache Lösung

Was war denn angesichts dieser Tabakerei dann der Zweck des Sonderkongresses eines Bonner Ministers mit einem prominenten Vertreter der Deutschen Demokratischen Republik?

Bei näherem Hinsehen war dieses Rätsel relativ einfach zu lösen. Der Londoner „The Economist“ vom 20. Oktober hatte im Zusammenhang mit der Feststellung, daß das Bonner Kabinett weiter nach rechts gerückt ist, geschrieben, dies sei ... keine Entschuldigung, die erbracht werden kann, auf die Wähler im nächsten Jahr eine Anziehungskraft auszuüben.“ Damit hatte diese erhellende Zeitung auf den wunden Punkt in der CDU/CSU-Politik hingewiesen.

Ansichts der 1956 immer stärker in Erscheinung tretenden Vermittlung des internationalen Kaltverhältnisses, der Unfruchtbarkeit des bisherigen Adenauerregimes und der Verschärfung desselben, korrekten Schritte der westdeutschen Bevölkerung eine Wende in der Bonner Politik. Sie wandten sich, wie es zum Beispiel auch in einer Stellungnahme des 4. DGB-Kongresses (1. bis 6. Oktober) zum Ausdruck kam, gegen eine Politik des Wettrennens der atomaren Bewaffnung der Bundeswehr und des Krieges. Sie forderten Verzicht auf die aggressive Rüstungspolitik, sie verlangten die Herstellung friedlicher Beziehungen mit

der Sowjetunion und anderen sozialistischen Ländern sowie eine Initiierung in der Wiedervereinigungsfrage.

Die FDP und die SPD, damals durch ihre Parteilisten noch nicht bedingungslos auf den CDU/CSU-Kurs festgelegt, wurden in ihrem Erklärung, Verlautbarungen, Reden und Loumen im Hinblick auf die Bundestagswahl 1957 der Stimmung und den Forderungen der westdeutschen Bevölkerung schärfer gerecht. Aber eben nur schärfer, denn an einer wirklichen Wende zu einer wahrhaft nationalen und Friedenspolitik, an der Heranzüchtung einer wirklichen Alternative zum Adenauerkurs, bestärkte sie — schon damals — ihr Festhalten an aggressiven und illusionären Abzweigungsansprüchen des Bonner Staates.

Die CDU/CSU dagegen befand sich in einer schwierigen Lage. Sie hatte sich von den Massen weitgehend isoliert und die Richtung ihrer Politik für die neue Etappe in der Entwicklung der nationalen und internationalen Lage mußte sie weiter überlegen.

Woher nehmen und nicht stehlen, was zumeist wäre, die Wählermassen dennoch hinter ihren Fahnen zu sammeln?

Heureka! Da gab es doch schon in ihren eigenen Reihen, besonders im bairischen Raum, einige Politiker, die sich im privaten Kreis aus unerbittlich darüber unterhielten, ob man es nicht — angesichts der Lage, die eine rasche Wiedervereinigung der deutschen Einheit ausdied — mit dem föderalistischen Weg zur Einheit, mit einem Staatenbund versuchen sollte. Einiges davon war bereits in die Öffentlichkeit gedrungen und hatte dort einen positiven Wider-

(Fortsetzung auf Seite 4)